

2. dem Ausschuss Auskunft zu geben über die Anstrengungen Japans, China einzuschüchtern und zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu zwingen
3. ihm eine Abschrift des angeblichen Geheimvertrages zwischen Japan und Deutschland zuzustellen und
4. ihm Kenntnis zu geben von allen in Paris ausgearbeiteten Entwürfen eines Völkerbundes, sowie der Protokolle aller Sitzungen der Friedenskonferenz.

Der Berichterstatter vergleicht den Versuch der Kommission mit dem Manöver der Bolschewisten als für die geheimen Dokumente des russischen Ministeriums des Äußeren veröffentlichten. Man erwartet, daß Wilson sich weigern werde, was allerdings einen Konflikt hervorrufen könne. Es sei augenscheinlich, daß man die amerikanischen Gefühle gegen Japan auf den Gipfelpunkt treiben und den geheimnisvollen Schleier lästern wolle, hinter dem der Friedensvertrag verhandelt wurde.

Drei unbekannte Briefe Fochs.

Versailles, 17. Juli. Im Friedensauschuss der Kammer wurde gestern bekanntgegeben, daß der Friedensvertrag am 5. August im Plenum behandelt werden würde. Der Ausschuss verlangte die Mitteilung aller Protokolle der Friedenskonferenz. Es kam darüber zu heftigen Auseinandersetzungen, namentlich über drei Briefe, welche Marshall Foch wegen der militärischen Befehle des linken Rheinufers an die Friedenskonferenz geschrieben habe. Auch von ihrem Inhalt will die Kommission Kenntnis haben. Ministerpräsident Clemenceau wird heute nachmittag vor dem Ausschuss erscheinen und wohl Stellung zu dem Verlangen nehmen.

Deutsches Reich.

Berlin. (Gegen den Kaiserprozeß.) Wie „Chicago-Tribune“ aus Paris meldet, haben sich die amerikanischen, japanischen und italienischen Delegierten offiziell gegen den Kaiserprozeß ausgesprochen. Die Franzosen seien darüber sehr erregt.

(Die deutschen Kriegsverbrechen.) Auf eine Eingabe der deutschen Regierung ist von Seiten der französischen Kommission am 11. Juli die Erklärung abgegeben worden, daß die ortsgelichtlichen Bestimmungen, wonach Gräber nach 5 Jahren neu belegt werden können, für die deutschen Kriegsverbrechen nicht angewendet werden würden.

(Ein Notgesetz gegen die Steuerflucht.) Um die zum Zwecke der Steuerflucht ins Ausland gebrachten Kapitalien neuerlich zu erfassen, plant die Regierung, wie aus zuverlässiger, mehrheitlich sozialistischer Quelle verlautet, ein Notgesetz nach dem an einem bestimmten Tage die Stempelung solcher Wertpapiere vorgenommen wird. Ohne diesen Stempel verlieren sie ihren Geldwert. Dadurch werden die Besitzer solcher ins Ausland gebrachten Kapitalien gezwungen, sie ins Inland zurückzuführen, wenn sie sich vor einer völligen Entwertung ihrer Papiere schützen wollen.

(Kein Arbeitszwang für den Wiederaufbau.) Dem Vorstands wird aus Weimar von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, den Arbeitszwang für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs einzuführen, sondern sie gehe mit den Arbeiterorganisationen schon seit Monaten in Verhandlung, um die erforderliche Anzahl von Arbeitern im Wege des freien Vertrages und auf Grund von Tarifabmachungen zu gewinnen.

(Anschluß Koburgs an Bayern?) Schon seit längerer Zeit schweben zwischen der bayerischen und koburgischen Regierung Verhandlungen wegen eines Anschlusses Koburgs an Bayern. Die Angelegenheit ist jetzt so weit geblieben, daß in den nächsten Tagen der bayerische Ministerpräsident und der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sich mit der Frage beschäftigen werden. Insgesamt ist es eine Bevölkerung von 70000 Personen, die für den Anschluß in Betracht kommen und durch Volksabstimmung entscheiden soll, ob sie an Bayern oder an das neu zu bildende Großhertum fallen will. Durch den Anschluß würden auch die beiden in Bayern gelegenen koburgischen Enklaven, das Amt

Königsberg und das Dorf Nassach, unter die bayerische Staatshoheit fallen.

(Frankreichs böses Gewissen.) Der Beweggrund Frankreichs, auch nach der Ratifizierung des Friedensvertrages die Herausgabe der deutschen Kriegsgefangenen durch allerlei Winkelzüge zu verschleppen, ist in dem bösen Gewissen zu suchen, welches Frankreich hat. Denn da es die Gefangenen mit barbarischer Grausamkeit behandelt hat, so fürchtet es, daß ihm in den 800 000 Menschen gefährliche Anklagen erheben werden, die gerade im gegenwärtigen Augenblick angesichts der wachsenden Unzufriedenheit im eignen Lande besonders gefährlich werden könnten.

(Systematische Verhöhnung in Frankreich.) Die gesamte Pariser Morgenpresse beschäftigt sich mit der Angelegenheit Manheim und stellt selbst bis in die sozialistischen Reihen hinein einmütig fest, daß das Attentat gegen den französischen Sergeanten zurückzuführen sei auf intensive alldoische Hetze, die namentlich seit drei Wochen offenkundig in Deutschland, vornehmlich aber in Berlin, getrieben werde. Das dem Außenminister Wilson nahestehende „Journal“ schreibt: Man nehme doch als Beispiel eine gewisse Anzahl durch das Los bestimmter deutscher Kriegsgefangener und teile der Regierung des Präsidenten Ebert mit, daß für jeden getöteten oder verwundeten französischen Militär 2 Geiseln vom selben Range erschossen werden! Dann erst wird man die Missionen, welche der Friedensvertrag uns in Deutschland zu halten zugestiftet, wirklich voll geschickt haben. „Gaulois“ schlägt vor: Eine jede neue Tat ähnlicher Art müsse durch eine sofortige Repressalie beantwortet werden, z. B. durch eine Verzögerung in der Rückführung deutscher Kriegsgefangener. Auch „Matin“ verlangt schärfstes Vorgehen. Bei der deutschen Regierung ist eine französische Note eingegangen, in welcher wegen der Tötung des französischen Sergeanten Manheim die Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens, eine Entschädigung wegen des Vorfalls, die Uebernahme der Kosten der Bestattung, eine Entschädigung von 100 000 Frank für die Familie des Verstorbenen sowie eine Buße von 1 Million Frank Gold von der Stadt Berlin verlangt werden.

Die Nationalversammlung

Legte gestern die Beratung des Verfassungsentwurfes fort und lehnte den Antrag der Unabhängigen, wonach das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen soll, ab, nahm aber den Antrag derselben, daß die Mutter eines solchen Kindes als Frau bezeichnet werden sollte, an. Ferner fand Annahme der demokratische Antrag „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen“. Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Bestimmung über die Förderung der Familie in folgender Fassung angenommen: „Die gesunde und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinde. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.“ Ferner wird die vom Ausschuss beantragte Entschleunigung, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes neu regelt. Die nächsten Kapitel beschäftigten sich mit der Fürsorge-Erziehung. Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Nur Versammlungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Reichsgesetz anmeldspflichtig gemacht werden. Die nächsten Kapitel reden vom Beamtenrecht.

Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik.

In einem Telegramm an die Nationalversammlung spricht die argentinische Deputiertenkammer der Nationalversammlung einstimmig ihre Freude aus über die Unterzeichnung des Friedens von Versailles, auf den die Welt gewartet habe und mit der die Nationalversammlung den Forderungen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit Rechnung getragen habe. (Lebh. Beifall.) — Vizepräsident Hausmann dankt für die Gesinnung, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht wird und bemerkt, der Präsident werde das weitere veranlassen.

Auf Anfrage des Abg. Koch (Dem.) wird die Beratung über den ganzen Abschnitt Artikel 132/133 zusammengefaßt. Der Abschnitt behandelt die Glaubensfreiheit (132), die Freiheit der Religionsübung (133), die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (134), die Auflösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (135), den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitruhe, in Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Angehörigen der Wehrmacht (137) und die Zwanglosigkeit bei der Vornahme religiöser Handlungen (138). Zu dem Artikel 134 beantragen die Unabhängigen die staatsrechtliche und vermögensrechtliche Trennung von Staat u. Kirche. Zu dem gleichen Artikel beantragen die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden. Zu dem Artikel 135 verlangt ein Antrag Heine (Deutsche Volksp.) und Genossen auch die Ablösung der auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen; außerdem beantragen die Demokraten und die Deutsche Volkspartei kleinere Fassungsänderungen zu 134. Die Sitzung dauert fort.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 18. Juli.

Ein Demonstrationstag, der in der Hauptsache von den städtischen Straßenarbeitern gebildet war, in dem sich aber auch Frauen und Kinder befanden, begab sich heute in der ersten Stunde vor das Rathaus, um eine Aenderung in der hier so mangelhaften Lebensmittelverteilung zu erreichen. Einer nach dem Lebensmittel- und Bürgermeisteramt entsandten Deputation wurde Abhilfe versprochen, soweit es in den Kräften der hiesigen Stadt stehe, vor allem aber soll eine Besserstellung in der Versorgung seitens des Bezirkes versucht werden, zu diesem Zwecke begab sich heute nachmittag Herr Bürgermeister mit einer dreigliedrigen Deputation nach Glauchau. Hoffentlich ist dort etwas zu erreichen; denn die Butter- und Fleischverteilung läßt hier schon immer viel zu wünschen übrig.

Vertrauenswegen Verweigerung der Milchberichte. Der Outobesitzer R. in Oberlungwitz ist zu 150 Mark Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden, weil er sich gemeldet hat, die vorgeschriebenen Milchberichte an den Bezirksverband einzuliefern.

Der Kreisverein Glauchau der Deutschnationalen Volkspartei, der die Ortsgruppen Glauchau, Meerane, Waldenburg, Lichtenstein und Hohndorf umfaßt, hielt in „Stadt Hamburg“, Glauchau, eine von Mitgliedern der Ortsgruppen gut besuchte Versammlung ab. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Herrn Strüßell-Glauchau hielt Herr Prof. Dr. Böhm-Lichtenstein, der als Vertreter des Glauchauer Kreisvereins den Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin

Das Haus des Sonderlings.

Nachdruck verboten
„Was — Du bist schon zurück, Titus. Wie ist denn das möglich?“ rief sie lebhaft. Dann setzte sie beschwichtigend hinzu: „Und Du sagst über das ganze Gesicht? Jetzt, wo eben erst Dein arme Mutter...“
„Ach was“, unterbrach sie Titus fröhlich, „es war ja alles gar nicht wahr! Irgend ein boshafter Mensch muß sich einen schlechten Spaß mit mir gemacht haben.“
„Wie? Deine Mutter ist gar nicht gestorben?“
„Jah! Ihr garnicht ein! Sie war frisch und gesund wie immer, als ich heimkam, und konnte gar nicht begreifen, wer mir den dummen Trick geschrieben hat. Ich auch nicht. Denn war der Spaß nicht! Aber es ist doch gut, daß er wenigstens nicht wahr war! Ich blieb dann einen Tag daheim und machte mich gehen abend wieder auf die Rückreise. Aber nun sag, Rosina — wie ist denn das? Drüber fand ich Tür und Tor verschlossen...“
„Ja, der Herr ist fort.“
„Dah! Ihr die Schlüssel?“
„Nein, die haben wir nicht“, mischte sich der Wirt jetzt wieder in das Gespräch. „Der Herr wird sie wohl mitgenommen haben, weil er Dir vierzehn Tage Urlaub gab.“
„Um, ja — so darf — ich wohl einweisen bei Euch bleiben?“
„Natürlich.“

„Doch hat der Herr vielleicht gewünscht, daß ich ihm nachkomme? Ist er nur nach Wien oder für länger fort?“
„Das wissen wir nicht. Anton brachte ihm nach Deiner Abreise das Essen und blieb dann zur Bedienung drüben, wie es ausgemacht war. Nur schlafen sollte er daheim, meinte der Herr, weil er ihn nachts ohnehin nicht brauche. Als aber nur Anton gehen mußte, stand er frühlich bei ihm schlafen, fand er die Haustür verschlossen. Er warke eine Weile, klopfte dann, und als niemand öffnete, kam er zurück. Im Laufe des Tages ging er noch mehrmals hinüber und auch heute morgen, aber es war immer alles zu. Also muß der Torwächter wohl vorrechte Nacht plötzlich fort sein.“
„Doch sieht ihm wieder einmal ähnlich!“ sagte Titus kopfschüttelnd. „Ohne Euch ein Wort davon zu kann! Aber so ist er. Immer geheimnisvoll und voll plötzlicher Einfälle. Hat er Barry mitgenommen?“
„Wahrscheinlich, denn der Hund ist nicht im Schuppen, wo er sonst schläft, wenn er Haus und Garten betreten soll.“
„Das heißt, er will länger fortbleiben, sonst hätte er den Hund wohl hiergelassen. Na, mir kann's recht sein.“
„Ob er von Baden aus mit der Bahn fuhr oder sein Automobil benutzte, das er dort eingeklinkt hat?“ meinte der Wirt fragend.
„Das kann uns ja gleichgültig sein.“
Titus begann wieder mit Rosina zu plaudern, und

der Wirt trat zu seinem Gast zurück, der dem Geistesig aufmerksam zugehört hatte.
„Was sagen Sie dazu, Herr?“ sagte er kopfschüttelnd. „Zieh einen so schlechten Scherz mit Titus zu machen!“
„Wer weiß, ob es nur ein alberner Scherz war? Ich würde die Sache nicht so leicht nehmen an Ihrer Stelle! Was kann Titus auch fortgelockt haben, um drüber in der Villa etwas auszuführen. Einen einbruch oder vielleicht noch schlimmeres!“ antwortete der Herr ernst.
Der Wirt starrte ihn betroffen an.
„Wie kommen Sie auf diese Idee?“
„Ist es etwa nicht sonderbar, daß der Besitzer verschwand ist, ohne davon Ihrem Gehör vorher ein Wort zu sagen?“
„Oh, das tut er ja öfter.“
„Aber diesmal würde der Diener unter falschen Vorwänden vorher entfernt! Ich würde unbedingt sogleich drüber nachsehen, ob alles in Ordnung ist.“
Der Wirt betrachtete seinen Gast eine ganze Weile still. Dann fragte er: „Sind Sie etwa von der Polizei, Herr?“
„Nein, Baron.“
„Weil Sie auch immer gleich ein Verbrechen vermutet?“
„Ach, ja! Nun, ich heiße Elias Demmel und bin Privatdetektiv. Ein wenig Alt als diese Sache doch in meinen Beruf. Und auf Grund meiner Erfahrung kann ich Ihnen nur raten, dieser Geschichte

teilgenommen hat die Verhandlung rakterbilder von Partei, durch brachte. Er gab bild vom ganzen dem Redner dankte dem Redner Anwesenden, wirken und zu Schmarz-weiß-ro...
Die Kri...
schlechten Börsen erfahren. Die g Dresdener Börs... bis auf 84 1/2, kleine Abschwäch... falls an und di... wiese mit 84 1/2, Wochen haben... gent gebietet.
Straßen...
werks. Der 3... einer festen Dr... Glauchau hat... Bezirks wie eine... in Glauchau be... hier eine berat... stattfinden, die... Den klärenden... direktor Müller... Versuch der hie... erwartet werden.

Gersdorf...
arbeiter) gehört von Urlaub. 3... Reichsarbeitsger... der dem Berle... Arbeitgeberseite... Man erkannte... des Urlaubs e... zur Folge haben... nach Klärung... Bezirken im S... Weise der Durc... verhandeln.

Hohenstein...
Offiziere) hatten ihre Posten von ihrer Angabe... verwendet werd... ein Schwindel... den verhaftet... hierdurch schwe...
B33. Hoge...
bekanntes Man... auf der Lange... war etwa 50... mit selbgrauer...
Dresden. (Mittwoch vorm... 6 Jahre alte... wohnhaften... in schneller... überfahren wu...
Ganernig...
die sich aus... Kölig zusammen... Großhändler... sie für 55 Pf... Pfundpreis auf... ein Sendarm... nichts ausrichte... abgeführt.

sofort auf den... selbst Unannehm... „Aber, Herr...“
Et verdammt...
schlechter lang...
Alle Fortsch...
„Es ist ein...
damum dringt...
sagt Demmel...
es Satyr ist, d... hat!“
„Uamöglich!...
eingeschlossen...
war. „Aber de...
nun doch unbel...
„Ich werde...
te Rosina. Ab...
bau. er würde...
weil auch gelit...
woll.
Tann fordert...
„Da Sie doch...
wie einfachen...
die Seine gefa...
Schlimmes fin...
Sie begaben...
tubo“. Men b...
zu gehen.
Das Gatten...
„Es bleibt in...
Schlüssel bogu